

Kiesabbau im Hegau

Von Sibylle Probst-Lunitz, Radolfzell

Jeder Bundesbürger verbraucht im Schnitt im Laufe von 70 Jahren die fast unvorstellbare Menge von 324 Tonnen Kies und Sand, das entspricht etwa vier Tonnen pro Jahr. Die Gesamtmenge an abgebautem Kies und Sand betrug 2001 in Deutschland 324 Millionen Tonnen.¹

Die Anwendungsbereiche des heimischen Rohstoffs Kies sind vielfältig, er wird eingesetzt im Hoch- und Tiefbau oder als Zuschlagsstoff für Beton. Er kommt nicht in unbegrenzter Menge vor, deshalb muss sein Abbau mit Bedacht und Nachhaltigkeit erfolgen. Jeder Abbau bedeutet einen gravierenden Eingriff in die Natur und die Landschaft mit ihrer Pflanzen- und Tierwelt. Die Folgen dieser Eingriffe müssen durch Rekultivierungs- und Renaturierungsmaßnahmen nach Beendigung des Kiesabbaus wieder ausgeglichen werden, so verlangt es das Bundesnaturschutzgesetz. Die Rekultivierung ist bereits in der Abbaugenehmigung festgelegt, der Besitzer einer Kiesgrube hat zusammen mit dem Antrag auf Genehmigung von Kiesabbau eine finanzielle Sicherheit für die spätere Rekultivierung zu leisten. Diese Maßnahme soll verhindern, dass im Falle des Konkurses des Besitzers oder seiner Firma das zuständige Landratsamt die Kosten für Rekultivierungen zu tragen hat.

Kies kann nur mit Genehmigung durch die zuständigen Behörden, in Baden-Württemberg sind es in der Regel die Landratsämter, abgebaut werden. Der Kiesabbau ist an eine Reihe von Regelungen wie beispielsweise des Naturschutzgesetzes oder des Bodenschutzgesetzes gebunden. Das Genehmigungsverfahren ist daher oft aufwändig und langwierig. Erhält der Betreiber dann die Genehmigung, enthält sie viele Auflagen, deren Einhaltung regelmäßig von Vertretern der Behörden überwacht wird.

Der im Hegau vorkommende Kies stammt aus der Eiszeit, genauer der Würm-Eiszeit, die nach dem Flüsschen Würm benannt wurde und die etwa von 120 000 bis 10 000 v. Chr. dauerte. Die heutige Oberflächengestalt des Hegau geht auf den Rheingletscher zurück, der zwischen dem Hohenstoffeln und dem Hohenhewen nach Westen vordrang. Beim Rückzug des Rheingletschers entstanden durch die Schmelzwasserströme Schotterfelder. Im Nordosten schob sich der Rheingletscher bis südlich von Hopfenzell vor und die entstandenen Schotterflächen bildeten die Grund-

¹ Homepage des Industrieverbandes Steine und Erden e. V. Neustadt/Weinstraße www.verband-steine-erde.de am 26.7.2008

lage für das Kiesvorkommen im Raum Mühlingen. Aufgrund der Gletscherbewegungen zählen der Hegau und Oberschwaben zu den Regionen mit besonders reichem Kiesvorkommen.

Erste Hinweise

Die ersten Hinweise auf Kiesabbau und Kiesvorkommen im Hegau datieren aus dem ausgehenden 18. Jahrhundert. 1782 existierte eine Kiesgrube in Radolfzell, 1811 waren am Ort eine städtische Kiesgrube »ob dem Entennest« und 1812 eine weitere »ob Sturz« vorhanden.² Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts werden die Nachweise aus den einzelnen Gemeinden zahlreicher.

Der nächste schriftliche Hinweis auf Kiesabbau stammt aus Zoznegg aus dem Jahr 1839. Johann Georg Schmied aus Mindersdorf besaß auf der Gemarkung Zoznegg einen Acker, der sich direkt neben der bereits ausgebeuteten Kiesgrube der Gemeinde Zoznegg befand.³ Es stellte sich schnell heraus, dass sich auch unter diesem Ackerfeld abbaufähiger Kies befand. Die Gemeinde Zoznegg benötigte dringend Kies für die anstehende Überkiesung der Vizinalstraßen und machte Schmied das Angebot, sein Stück Land für 50 fl zu kaufen. Damit war er nicht einverstanden, er wollte nach dem Abbau das Ackerland wieder zurück haben. Darüber entstand Streit und in der Zwischenzeit hatte Schmied begonnen, auf seinem Acker Kies abzubauen und an die Gemeinde Mindersdorf zu verkaufen.

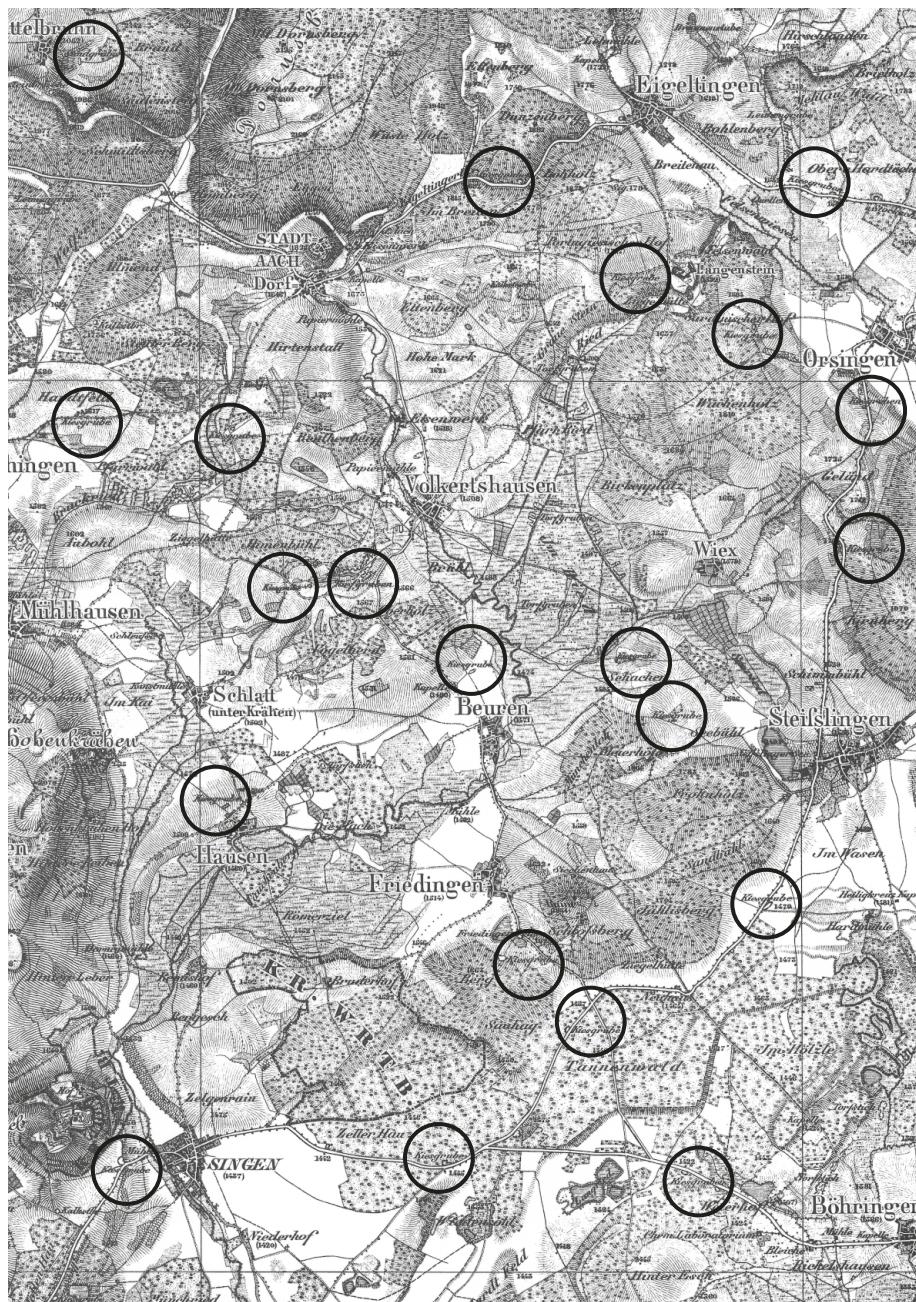
Dieses Vorgehen rief in Zoznegg Unverständnis hervor, der Bürgermeister fühlte sich sogar in seinem Stolz als Badener gekränkt, als er in einem Schreiben an das Bezirksamt Stockach empört feststellte, dass die Zoznegger als »badische Untertanen« glaubten »den Vorzug an dieser Kiesgrube zu haben«. Ein Jahr später machte die Gemeinde Zoznegg Schmied ein erneutes, finanziell sehr attraktives Angebot, das weit über der steuerlichen Veranlagung des Grundstücks lag. Nach längerem Zögern scheint Johann Georg Schmied darauf eingegangen zu sein, denn 1846 schrieb der Bürgermeister von Zoznegg an das Bezirksamt, dass die Gemeindekiesgrube am Ausgehen sei und man eine neue Kiesgrube kaufen müsse. Deshalb bat er die Behörde um Genehmigung die alte Grube verkaufen zu dürfen, um mit dem Erlös die Kosten in Höhe von 124 fl für eine neue bezahlen zu können.

In Binningen wurde 1846 bis 1848 der abgebaute Kies versteigert. 1853 kaufte die Gemeinde ein Stück Land an der Straße nach Beuren zum Zweck der Kiesgrabung. Etwa um die gleiche Zeit nahm Bittelbrunn eine Kiesgrube in Betrieb. 1864 existierte in Welschingen eine Kiesgrube beim neuen Friedhof, wie das Ortsbereisungsprotokoll vermerkt.⁴ Im »Höhgauer Erzähler« von 1860 kann man einige Hinweise auf Kiesabbau lesen. Die Gemeinde Duchtlingen versteigerte für die Dauer von sechs Jahren das Werfen und Zubereiten des Straßenmaterials aus der Kiesgrube bei See-

2 Stadtarchiv (StA) Radolfzell III/4–1

3 Kreisarchiv Konstanz (KA KN) Mühlingen/Zoznegg VI/3

4 Kramer, Wolfgang (Hg.): 1250 Jahre Welschingen. Festschrift zur ersten urkundlichen Erwähnung vor 1250 Jahren. Engen 2002, S. 108



Kiesgruben überall im Hegau, hier zwischen Singen, Steißlingen und Eigeltingen, eingezeichnet in der »Topographischen Karte über das Großherzogthum Baden« von 1848, Blatt 44

weiler. In Gallmannsweil wurden 221 Wagen Kies für die örtlichen Vizinalwege und 100 Wagen für die Waldwege versteigert. In der Gemeinde Wiechs war im Juni 1860 das Reinigen und Aufführen von 200 Wagen Kies auf den Vizinalstraßen zu vergeben.⁵

Radolfzell

Nicht nur für das Anlegen und den Unterhalt von Straßen wurde Kies benötigt, sondern auch für den Bau der verschiedenen Eisenbahnlinien ab der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Am Beispiel von Radolfzell lässt sich der erhöhte Bedarf nachweisen. 1863 wurde die Stadt an die Eisenbahnstrecke Basel–Konstanz angebunden, 1866 erhielt die Eisenbahndirektion aus der städtischen Kiesgrube Kies im Wert von 150 fl 20 x, 1874 zur Erweiterung des Bahnhofs, 1877 nochmals 200 Kubikmeter aus der Kiesgrube im Altbohl.⁶ Die Stadt Radolfzell war zu dieser Zeit im Besitz mehrerer Kiesgruben, die sich auf der Mettnau, im Altbohl und im Gewann Nordhalden befanden, ein Gewann im Bereich des heutigen Krankenhauses, das sich auch links der Eisenbahnlinie nach Westen hinzog.

Die Aufbereitung von Kies und Sand zum Abtransport war Aufgabe der so genannten Kieswerfer, die nach Kubikmetern entlohnt wurden. 1909 erhielt der Kieswerfer 80 Pfennig für einen Kubikmeter Lohnkies, 60 Pfennig für einen Kubikmeter Straßenkies und 50 Pfennig für einen Kubikmeter Sand. Die schlechte Entlohnung war für die Kieswerfer Anlass, das Bürgermeisteramt immer wieder um Aufbesserung ihrer Bezahlung zu bitten.

Im Jahre 1925 bat ein Kieswerfer die Stadt um die Entlassung aus der Akkordarbeit. Er sei 55 Jahre alt und der Lohn reiche nicht für eine ausreichende zusätzliche Ernährung. »Es ist mir nicht möglich, alle Tage ein paar Liter Most zu kaufen, dazu noch Vesperspeisen und alle Mittag Fleisch.«⁷ Die Arbeit in Kiesgruben war in Zeiten, als es noch wenig maschinelle Unterstützung gab, schwere körperliche Arbeit. Der tägliche Fleischverzehr war daher normal und zusätzlich musste noch ein reichhaltiges Vesper zur Arbeit mitgenommen werden. Ob der tägliche Konsum von einigen Litern Most immer notwendig war, sei dahingestellt. Die vermehrten Ausgaben für Lebensmittel ließen den Lohn knapp werden, schließlich war auch noch die Familie zu ernähren.

Neben der Stadt unterhielten auf der Mettnau auch Privatpersonen Kiesgruben, 1922 wird die Kiesgrube des Landwirts Karl Nosch erwähnt, die er selbst angelegt hatte. Die Nachfrage nach Kies wurde immer größer, wie eine Aufstellung aus dem Jahr 1923 zeigt. Kies aus den städtischen Kiesgruben wurde benötigt für die Kanalisation, für Garten- und Gehwege, für Stadtbauten, für den Neubau des alten Spitals, für den Einbau einer Wohnung in das alte Forsthaus, für die Seebadeanstalt sowie für Privatleistungen.

5 Höhgauer Erzähler Nr. 47 vom 19.4.1860

6 StA Radolfzell III/4 1–4

7 Ebenda



Ein 1928 angefertigtes Luftbild der Mettnau, deutlich ist im Bereich des heutigen Sportplatzes die Anlage der Kiesgrube zu sehen, oben die Zufahrtsrampe zum Markelfinger See. (Kreisarchiv Konstanz, Bildsammlung)

Franz Schmal aus Überlingen am See, der ein Bauunternehmen und technisches Bureau hatte, betrieb hier ebenfalls eine Kiesabbaustätte. In den Gnadensee war eine Kiesverladerampe installiert, auf der der abgebaute Kies zum Abtransport in Schiffe verladen wurde. 1915 machte Franz Schmal mit seiner Firma Konkurs und er bot seine Kiesgrube auf der Mettnau zusammen mit einigen Grundstücken der Stadt Radolfzell an. Da die Preisvorstellungen des Konkursverwalters aber zu hoch waren, vergingen noch sechs Jahre, bis die Stadt 1921 die Kiesgrube für 84 000 M erwarb. Der Gemeinderat beschloss, auf einen weiteren Abbau zu verzichten, die Grube aufzufüllen und in einen Sportplatz umzugestalten. Bei der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat war man der Auffassung, die landschaftliche Schönheit der Halbinsel Mettnau solle nicht länger durch Kiesgruben beeinträchtigt werden.

Der Schutz von Natur und Landschaft, der hier erstmals als Begründung für die Einstellung von Kiesabbau auf der Mettnau angeführt wurde, gewann ab den 1950er Jahren immer mehr an Bedeutung, was zur Folge hatte, dass nicht mehr jeder Antrag auf Eröffnung einer Kiesgrube genehmigt wurde. 1954 war es einem Radolfzeller Bauunternehmer zwar noch gelungen, eine Kiesgrube westlich von Güttingen in

Betrieb zu nehmen, noch bevor die behördliche Genehmigung vorlag. Das Ortsbild von Güttingen war aber durch zahlreiche Kiesgruben so beeinträchtigt, dass zum Schutz des Landschaftsbilds eine weitere Ausdehnung in Richtung Güttinger Seen verboten wurde. Ein anderer Bauunternehmer wurde mit seinem Antrag auf Kiesabbau abgewiesen.⁸

1963 wollte eine Firma im Stadtwald Altbohl von Radolfzell an der Straße nach Möggingen eine Kiesgrube errichten. Naturschützer und alle zuständigen Behörden lehnten jedoch ab, zu gravierend sei der Eingriff in den Wald. »Dieser für die Auffassung einer Kiesgrube erforderliche Eingriff in die Waldlandschaft wäre, so wurde betont, deshalb besonders folgenschwer, weil sich gerade diese Kiesgrube nicht wieder auffüllen und aufforsten ließe, womit der gewaltsame Eingriff auch nach der Ausbeutung sichtbar bliebe«, berichtete der »Südkurier« Radolfzell vom 23. Dezember 1963 von der Versammlung der Arbeitsgemeinschaft für Naturschutz.⁹

Ähnlich war die Situation 1968 in Möggingen: Eine im Gewann Teufelsärger zwischen Möggingen und Güttingen gelegene Kiesgrube war weitgehend ausgebaut. Das Landratsamt Konstanz lehnte den Antrag einer Firma auf Genehmigung einer weiteren Kiesgrube mit dem Hinweis ab, dass in dem vorgesehenen Gewann zahlreiche Grundstücke im Landschaftsschutzgebiet Bodanrück lägen. Es erstaunt etwas, dass gerade der Kreisbeauftragte für Naturschutz und Landschaftspflege, Nikolaus Freiherr von Bodman, hier anderer Meinung war. Für ihn war der geplante Abbau durchaus mit den Belangen des Naturschutzes vereinbar, auch die wirtschaftlichen Interessen waren für ihn wichtig. Aus dem Kiesabbau erhoffte er sich die notwendigen finanziellen Mittel, die er zum Erhalt des Wasserschlusses von Möggingen dringend benötigte.

Binningen

In der Gemeinde Binningen, seit 1974 Ortsteil von Hilzingen, gab es im 19. Jahrhundert mehrere Kiesgruben – der erste Hinweis stammt, wie schon erwähnt, aus dem Jahr 1846. 1958 nahm eine Firma auf der Gemarkung Binningen, etwa einen Kilometer nördlich von Binningen an der Straße zwischen Binningen und Welschingen, den Betrieb einer Kiesgrube auf, die eine Länge von 400 und eine Breite von 250 Metern hatte und deren Ausbeutung im Laufe der Jahre zahlreiche Probleme aufwerfen sollte. 1961 stellte die Firma einen Antrag auf Erweiterung genannter Kiesgrube, der auch genehmigt wurde.

Die Anlage und der Betrieb von Kiesgruben waren und sind bis heute auch aus archäologischer Sicht problematisch, wenn bedeutende Funde vermutet werden, deren Ausgrabung dem Zeitplan des Kiesunternehmers zuwiderlaufen könnten, oder wenn dieser versuchte, den Abbau ohne Rücksicht auf die Funde vorzunehmen. Im Falle der Kiesabbaustätte von Binningen stellte das staatliche Amt für Ur- und Frühgeschichte in einem Schreiben vom 5. November 1962 an das Regierungspräsidium

8 StA Radolfzell XX II/3 Spezialia

9 Ebenda



Die Kiesgruben bei Binningen, Welschingen und Anselfingen auf der »Topographischen Karte über das Großherzogthum Baden« von 1848, Blatt 44

fest, dass der Kreispfleger für Ur- und Frühgeschichte den Kiesabbau zwar überwache, der Abbau aber trotz einer entsprechenden Verfügung des Landratsamtes Konstanz ohne Rücksicht auf die immer wieder zutage kommenden Bodenfunde durchgeführt werde.¹⁰

Um den Verlust von archäologischen Fundstücken zu vermeiden, war ab 1964 in den Abbaugenehmigungen die Auflage enthalten, dass der Kreispfleger für ur- und frühgeschichtliche Denkmale nach entsprechenden Hinweisen des Amtes für Ur- und Frühgeschichte anwesend sein musste, wenn der Boden abgetragen wurde. Der Schutz frühgeschichtlicher Fundstücke wurde erweitert. So lautete der § 12 der Genehmigung zur Erweiterung der Kiesgrube in Binningen: »Zufallsfunde im Sinn des § 20 des Denkmalschutzgesetzes (Gräber, Siedlungsreste, Scherben, Mauerreste und anderes, was auf eine vorgeschichtliche Fundstätte schließen lässt), sind umgehend dem Kreisarchäologen zu melden.«¹¹ 1983 wurde im Erweiterungsbereich der Kiesgrube ein Gräberfeld der Bronze-Hallstattzeit entdeckt.

Die Entstehung eines Baggersees im Zuge des Kiesabbaus hatte für die Landschaft nicht nur einschneidende Veränderungen zur Folge, sondern konnte auch Probleme für die Trinkwasserversorgung aufwerfen. Der Kies wurde in den meisten Fällen zwar im Trockenabbau gewonnen, manchmal aber auch im Nassabbau, was eine Freilegung des Grundwassers bedeutete. Im Falle der Binner Kiesgrube gab es zusätzlich Nassabbau, die Wiederauffüllung des freigelegten Grundwassers war nicht geplant, so dass im Laufe der Jahre ein Baggersee entstand, der 1991 eine Größe von ungefähr 15,7 ha erreicht hatte. Die Freilegung des Grundwassers erwies sich als problematisch, da sich der Tiefbrunnen »Im Sand« in unmittelbarer Nähe des Baggersees befand. Dieser Tiefbrunnen sichert die Trinkwasserversorgung der Randgemeinden. Bereits im Jahr 1980 wandte sich der Zweckverband Wasserversorgung »Hoher Randen« an das Landratsamt mit der Bitte, dem Betreiber der Kiesgrube eine weitere Freilegung des Grundwassers zu untersagen, da sonst die Qualität des Trinkwassers nicht mehr gewährleistet sei. Daraufhin verbot die Behörde einen weiteren Nassabbau innerhalb einer bestimmten Zone.

Der Binner Baggersee lockte im Sommer die Badelustigen. Trotz der von dem Kiesunternehmen aufgestellten Badeverbotschilder wurden schon 1983 bei schönem Wetter pro Tag 600 Personen und 150 Autos gezählt, und der Zulauf nahm in den folgenden Jahren noch zu. Besonders die überall im Gelände parkenden Autos waren ein großes Ärgernis. Das Landratsamt sah hier aber keine gesetzliche Möglichkeit einzutreten, da der See privates Gewässer war und der Verkehrssicherungspflicht des Kieswerks unterstand.

1991 wurde der Antrag auf den Restabbau von Kies sowie die Rekultivierung des gesamten Geländes gestellt. Die Rekultivierung sah die Abdeckung mit Boden, das Einsäen, die Bepflanzung mit Sträuchern aus heimischen Arten, aber auch die Re-

10 Landratsamt Konstanz, Hilzingen/Binningen Bd. I AS 1-580

11 Landratsamt Konstanz, Hilzingen/Binningen Bd. II AS 1-AS 593



Die Kiesgruben auf Welschinger und Anselfinger Gemarkung, aufgenommen vom Hohenhewen im Mai 2002
(Foto: Landratsamt Konstanz)

generation zum langfristigen Erhalt der Artenvielfalt vor. Das bedeutet, dass offene Kiesflächen und Rohbodenstandorte als Lebensräume für seltene Tier- und Pflanzenarten der natürlichen Entwicklung überlassen werden. 1996 klagte der Zweckverband » Hoher Randen « beim Verwaltungsgericht gegen den mit der Rekultivierung beantragten Restkiesabbau, von dem man eine Verschlechterung der Trinkwasserqualität befürchtete. Der Klage wurde stattgegeben und die Rekultivierung und der Abbau von Kies musste ausgesetzt werden.¹² Die Wasserschutzgebiete um den Binnerger Baggersee wurden schließlich zum Ausschlussgebiet zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe erklärt, ebenso wie die Grünzone zwischen dem See und dem Ertenhag, einem geschlossenen Waldgebiet.

Welschingen und Anselfingen

Ab 1880 lässt sich Kiesabbau in Anselfingen, heute Teilort von Engen, nachweisen. 1914 waren insgesamt sechs Kiesgruben in Betrieb, die von Privatpersonen unterhalten wurden, eine gemeindeeigene Grube war später vorhanden. Abbau von Kies wurde zu dieser Zeit noch nicht im großen Umfang betrieben, so mancher Dorfbewohner – und das nicht nur in Anselfingen – versuchte, sich damit eine Nebenerwerbsquelle zu erschließen. Es waren häufig kleine Gruben, die auch

12 Landratsamt Konstanz, Hilzingen/Binningen Bd. VI

schnell wieder ausgebeutet waren. So hatte Kaspar Kohler 1927 seine Kiesgrube beim Bürgermeisteramt als Nebenerwerbsbetrieb angemeldet. Auch für Martin Kaiser, der 1953 eine kleine Kiesgrube in Eigenarbeit abbaute, war das ein notwendiges Nebeneinkommen. Als Bahnangestellter verfügte er über ein geringes Einkommen, das ihm nicht zur Versorgung seiner kranken Frau und seiner Kinder ausreichte.¹³

Auch in Welschingen begann ab 1880 der Kiesabbau. Aufgrund des Eisenbahnanschlusses konnte der Kies schnell abtransportiert und in weiter entfernt liegenden Regionen verkauft werden. Die Gesamteinnahmen aus dem Kiesabbau betrugen 1906 15 000 M.¹⁴ Franz Kohler erhielt 1887 die Erlaubnis, auf seinem eigenen Acker Kies abzubauen, später bauten auch Robert Vogt und Philipp Kohler Kies ab, ebenso verfügte die Gemeinde über eine eigene Kiesgrube beim Friedhof. Die Gemeinde Welschingen war aktiv am Geschäft mit Kies beteiligt, 1905 besaß sie neben drei Kiesgruben auf eigener Gemarkung auch Kiesgruben auf den Gemarkungen Anselfingen und Neuhausen.

Franz Kohler gelang es, mit dem Kiesabbau rasch ein eigenes Unternehmen aufzubauen. 1908 arbeitete er mit acht Arbeitern, im Winter waren es fünf oder sechs. Seine Kiesgruben lagen nicht nur auf Welschinger Gemarkung, sondern auch auf Anselfinger. Die Größe seines Betriebs machte es notwendig, ihn unter die Aufsicht der Großherzoglichen Wasser- und Straßenbauinspektion zu stellen. Doch gaben die Kohler'schen Kiesgruben immer wieder Anlass zu Klagen, weil sie nicht den erforderlichen Sicherheitsbestimmungen entsprachen. So wurde der Kies senkrecht abgebaut anstatt in einem Winkel von 45 bis 60 Grad, dadurch entstanden 10–12 Meter hohe, von Einsturz gefährdete Böschungswände. Der Betreiber wurde dafür mit Geldstrafen belegt.

Als 1991 bekannt wurde, dass im Ertenhag, einem zwischen Hohenstoffeln und Hohenhewen gelegenen, beispielhaft geschlossenen Waldgebiet von ca. 150 ha, das Teil des Landschaftsschutzgebiets Hegau war, Kiesabbau geplant sei, bildete sich eine Bürgerinitiative »Gegen den Kiesabbau im Ertenhag«. Durch den möglichen Kiesabbau würde ein Naherholungsgebiet unwiederbringlich zerstört, so das Hauptargument der Initiative. Etwas mehr als zehn Jahre später wurde das Thema wieder aktuell. Der Teilregionalplan »Oberflächennahe Rohstoffe« des Regionalverbandes Hochrhein-Bodensee wies einen großen Teil des Ertenhag bei Welschingen als Rohstoffsicherungsbereich aus, damit eines Tages hier Kies abgebaut werden könnte.

Seit 2005 ist der Teilregionalplan »Oberflächennahe Rohstoffe« für die Region Hochrhein-Bodensee verbindlich. In ihm sind zur Deckung des mittelfristigen Bedarfs Abaugebiete festgesetzt sowie zur langfristigen Versorgung sogenannte Sicherungsgebiete ausgewiesen. Die folgende Übersicht listet die entsprechenden Gebiete für den Landkreis Konstanz auf.

13 KA KN Spezialia Engen XII/3

14 Kramer, a. a. O. 2002, S. 108

Gebiete zum Abbau von Rohstoffen

- 1 Büsingen
- 2 Eigeltingen (Dunzenberg)
- 3 Engen-Anselfingen
- 4 Mühlingen-Zoznegg
- 5 Orsingen-Nenzingen (Jungholzäcker)
- 6 Orsingen-Nenzingen (Langenstein)
- 7 Singen-Überlingen (Birkenbühl)
- 8 Singen-Friedingen (Stadtwald)
- 9 Steißlingen (B33)
- 10 Steißlingen
- 11 Stockach-Hoppetenzell
- 12 Stockach-Raithaslach (Tobelwald)
- 13 Stockach-Frickenweiler

Gebiete zur Sicherung von Rohstoffen (Sicherungsgebiete)

- 1 Büsingen
- 2 Eigeltingen (Dunzenberg)
- 3 Engen-Welschingen (Ertenhag)
- 4 Engen-Anselfingen (Nord)
- 5 Engen-Anselfingen (Süd)
- 6 Hilzingen (Dellenhau)
- 7 Hohenfels-Liggersdorf (Heide)
- 8 Hohenfels-Kalkofen (Vogelsang)
- 9 Radolfzell-Markelfingen
- 10 Singen-Überlingen (Birkenbühl)
- 11 Singen (Nordost)
- 12 Stockach-Heinrichsweiler Hof
- 13 Stockach-Frickenweiler

Im Jahr 2007 musste der Teilregionalplan für den Abbaustandort Engen-Anselfingen geändert werden. Bis zum Jahr 2009 soll der Kiesabbau im Bereich Benzenbühl auslaufen, danach sah der Plan den Abbau im Bereich des Gewanns Langenhag vor, im Gewann Breite und südlich des Gewanns Langenhag waren die Sicherungsgebiete festgelegt. Was war der Grund für die Änderung? In den betroffenen Gebieten waren auf Luftbildern des Landesamtes für Denkmalpflege Baden-Württemberg mehrere Grabanlagen aus der jüngeren Eisenzeit zu erkennen. Bereits zwischen 1968 und 1973 war durch den damaligen Kreisarchäologen bei kleineren Rettungsgrabungen Fundmaterial geborgen worden. Kreisarchäologe Dr. Jürgen Hald rechnet neben den Grabanlagen auch mit Spuren von Haus- und Speicherbauten sowie von Vorratsgruben.¹⁵

¹⁵ Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe, 1. Änderung, Anselfingen 2008, S. 4

Aufgrund dieser bedeutsamen archäologischen Funde kann der Kiesabbau nicht wie geplant durchgeführt werden, die Änderung sieht einen Tausch der Gebiete vor. Zunächst sollen die ursprünglich als Sicherungsgebiete ausgewiesenen Bereiche abgebaut werden, das vorgesehene Abbaugebiet soll der langfristigen Rohstoffversorgung dienen. Eine vollständige Einstellung des Kiesabbaus in dem Abbaustandort Anselfingen kommt nicht in Betracht, da er zur Rohstoffversorgung im Raum Engen erforderlich ist.

Kiesabbau bedeutet nicht nur Eingriffe und Veränderungen für Landschaft und Natur, er hat immer auch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen zur Folge. Große Laster, die den Kies abtransportieren, bedeuten für die Bewohner der betroffenen Gemeinden Lärm, Schmutz und Gefahr. Neue Zufahrtsstraßen müssen gebaut werden. Nur wenige Kieswerke haben die Möglichkeit, Kies mit der Bahn abzutransportieren.

Schwackenreute

1983 erhielt das Kieswerk Sauldorf-Schwackenreute die Genehmigung, im Bereich Madach im Gemeindedreieck Sauldorf–Hohenfels–Mühlingen Kies abzubauen, verbunden mit der Auflage, den Kies vorwiegend mit der Bahn abzutransportieren. Dadurch sollte der Erhalt der Eisenbahnlinie Mengen–Radolfzell gesichert werden. Das Kies-, Sand- und Splittwerk, das die Firma auf der Gemarkung Zoznegg in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Schwackenreute betrieb, erhielt Mitte der 1980er Jahre eine Bahnverladestation, die in einer Stunde einen Kieszug mit 1000 Tonnen beladen konnte.¹⁶ Die Kiesgewinnung erfolgte hier im Nassabbau, in allen anderen Kiesgruben im Bereich von Mühlingen wurde Kies dagegen im Trockenabbau gewonnen. Beim Nassabbau wird das Grundwasser angeschnitten, wodurch Baggerseen entstehen.

1991 war im »Südkurier«, Ausgabe Stockach, ein Artikel zu lesen, in dem Vertreter des Regionalverbandes Hochrhein-Bodensee vor zu intensivem Kiesabbau warnten. Insgesamt wurden im Landkreis Konstanz 2,1 Millionen Kubikmeter Kies gewonnen, der Regionalverband forderte eine Halbierung dieser Menge, sonst würden die Reserven innerhalb von 15 Jahren aufgebraucht sein. Das Kieswerk Sauldorf-Schwackenreute hatte damals vom Landratsamt Konstanz die Genehmigung zum Abbau von 300 000 Kubikmetern Kies erhalten.¹⁷

Auch die Gemeinde Mühlingen war in dem Zeitraum 1991 bis 1993 der Ansicht, dass in den vergangenen Jahren auf dem Gemeindegebiet Kiesabbau in großem Umfang vorgenommen worden war und die genehmigten Abbauflächen für Jahre ausreichend wären. Deshalb sprach sich der Gemeinderat im Februar 1992 gegen die Freigabe weiterer Abbauflächen im Bereich des Bahnhofs Schwackenreute aus. 1993 war das Kiesfeld auf der Gemarkung Sauldorf erschöpft und das Regierungspräsidium Tübingen wies die fünf Baggerseen von Sauldorf als Naturschutzgebiet aus, auf Mühlinger Gemarkung waren unterdessen sechs Baggerseen entstanden.

16 Landratsamt Konstanz 691.170 OZ: 366/91.375/92 Heft III

17 Ebenda



Ein vorzüglich erhaltenes Füschengefäß aus einem im Hegau sehr seltenen Grab der ausgehenden Jungsteinzeit, der so genannten Glockenbecherkultur (zwischen 2600 und 2400 v. Chr.). Entdeckt wurde das Grab 1935 beim Abschieben des Oberbodens am Rand der Kiesgrube Kohler bei Anselfingen. (Foto: Regierungspräsidium Freiburg)



Beispiel für eine recht gelungene Renaturierung: Auf dem Areal des Kieswerks Sauldorf-Schwackenreute entstand ein Naturschutzgebiet mit Badesee, Aufnahme 2007. (Foto: Franz Hofmann, Konstanz)

Die Aufmerksamkeit galt nun der Rekultivierung bereits ausgekiester Flächen. In einem der bestehenden Baggerseen auf Sauldorfer Gemarkung oder beim Bahnhof Schwackenreute wollte die Gemeinde einen Badesee anlegen, jedoch erwiesen sich die Gespräche mit dem Regierungspräsidium Freiburg und Vertretern der Naturschutzverbände als sehr schwierig und langwierig. Erst 2006 erklärte die Freiburger Behörde die Schwackenreuter Seenplatte zum Naturschutzgebiet mit einem Bade-see. Der Mühlinger Bürgermeister Manfred Jüppner hatte jedoch einen anderen See als Badesee favorisiert. Den vom Regierungspräsidium ausgewiesenen See hielt er für zu klein und von zu schlechter Badequalität, es blieb ihm aber nichts anderes übrig, als sich der Entscheidung aus Freiburg zu beugen. Der Kiesabbau war 2003 beendet, das Kieswerk Sauldorf-Schwackenreute, seit 1991 ein Unternehmen der Valet und Ott Gruppe, betreibt beim Bahnhof Schwackenreute heute nur noch Kiesveredelung.

Steißlingen

Nicht alle Kiesabbaugebiete im Hegau können im Rahmen dieser Darstellung vorgestellt werden. Erwähnt werden muss jedoch die Gemeinde Steißlingen, wo der Kiesabbau als eine ihrer Haupteinnahmequellen der Gemeinde für ihre guten finanziellen Verhältnisse verantwortlich ist. Das große Kiesfeld Steißlingen–Singen war durch die Schmelzwasserströme des mittleren und östlichen Rheingletschers entstanden, die beim allmählichen Abschmelzen hier Kies und Sand bis zu einer Höhe von 30 Metern aufschütteten. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts wird in Steißlingen Kies abgebaut. Die Gemeinde besaß mehrere Kiesgruben, nach dem Ersten Weltkrieg wurden kleinere gewerbliche Kiesgruben betrieben. In den 1960er Jahren begann der Abbau von Kies im großen Umfang.

Ausblick

»Beim Kiesabbau treten die Räte in Streik«, »Gefahr durch Nassabbau?«, »Baggert sich die Stadt das Wasser ab?« Diese Schlagzeilen im Jahr 2008 im »Südkurier« und im »Wochenblatt« zeigen, wie problematisch der Kiesabbau nach wie vor ist. In Überlingen am Ried, wo seit 1923 Kies gewonnen wird, wehren sich Bewohner und auch Ortschaftsräte gegen eine Erweiterung der Abbaufläche. Die Kiesgrube Birkenbühl ist nahezu ausgebeutet und sollte rekultiviert werden, aber das Kiesunternehmen pocht auf sein Recht aus dem Regionalplan und will zusätzliche Flächen abbauen. Der Gemeinderat Singen stimmte mit großer Mehrheit gegen die Erweiterungspläne, eine rechtliche Auseinandersetzung könnte die Konsequenz sein.¹⁸

Zwischen Radolfzell und Singen soll an der Bundesstraße 33 ein neues Abbaugebiet entstehen. Das Gebiet liegt auf Singener Gemarkung, gehört aber der Stadt Radolfzell. Im Nassabbau soll hier auf einer Fläche von 30 Hektar und in einer Tiefe bis zu 60 Metern Kies gewonnen werden. Ein Baggersee dürfte infolge des Nassabbaus entstehen. Etliche Gemeinderäte befürchten eine Gefährdung des Grund- und

18 Südkurier, Ausgabe Singen vom 18.4.2008, Nr. 91



Moderne Kieswerke greifen massiv in die Landschaft ein – hier der Kiesabbau der Firma Meichle & Mohr (Juli 2007, oben) und der Firma Schrey-Kirchhoff (Oktober 2007, unten) zwischen Steißlingen und Radolfzell (Fotos: Landratsamt Konstanz)

Trinkwassers und ein Drittel der Räte stimmte in der Gemeinderatssitzung vom 10. Juni 2008 für eine Klage gegen das Vorhaben, das vom Landratsamt als genehmigungsfähig eingestuft wird. Eine solche Klage wird jedoch als wenig aussichtsreich angesehen und würde der Stadt erhebliche Kosten verursachen.¹⁹

Kiesabbau im Hegau kann auf eine lange Tradition zurückblicken, je größer der Bedarf wurde, umso intensiver war der Abbau. Erst allmählich wurde man sich bewusst, was dies bedeutete: Eingriff in eine intakte Kulturlandschaft und in die landschaftliche Schönheit des Hegau, Zerstörung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen sowie die Gefährdung des Grundwassers. Renaturierung und Rekultivierung können entstandene Schäden nur teilweise wieder ausgleichen. Es gibt aber viele Beispiele für eine gelungene Wiederherstellung ehemaliger Kiesabbaugebiete, wo beispielsweise Biotope seltenen Tier- und Pflanzenarten neuen Lebensraum geben.

Kiesabbau muss heute und in Zukunft mehr denn je ein sorgfältiges Abwägen von wirtschaftlichen Interessen und Notwendigkeiten sowie dem Schutz von Natur und Umwelt sein. Angesichts der Tatsache, dass die Rohstoffvorkommen endlich sind, ist ein verantwortungsvoller Umgang mit ihnen unerlässlich, ebenso wie die Suche nach Alternativen, um auch künftigen Generationen eine ausreichende Versorgung mit den notwendigen Rohstoffen zu gewährleisten und um ihnen eine möglichst intakte Umwelt zu hinterlassen.

19 Südkurier, Ausgabe Radolfzell vom 12.6.2008, Nr. 135